

## HARMONISIERUNG

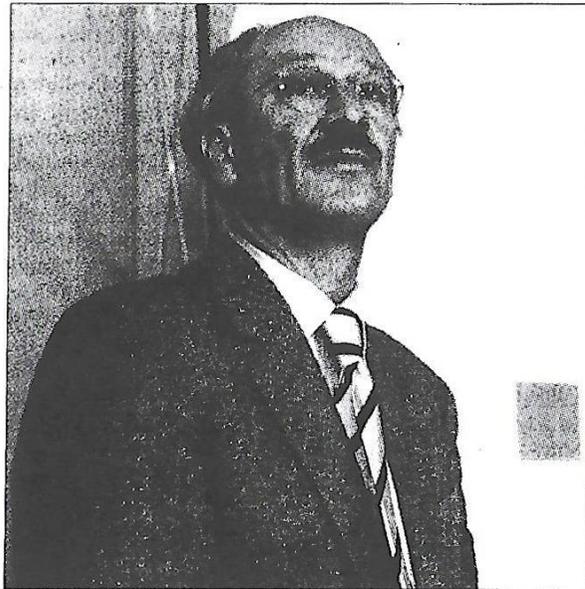
## Marin: „Beamte verlieren bis 2025 nichts“

Die Beamten fordern viel – für den Pensionsexperten Bernd Marin zu viel: Komme die Harmonisierung der Pensionssysteme muss es laut Beamtengewerkschaft eine Abfertigung wie in der Privatwirtschaft geben, eine Pensionskasse und eine Besoldungsreform. Regierungsexperten gehen davon aus, dies alles würde 600 Millionen € pro Jahr an Mehrkosten verursachen.

**NIEDRIGER** Marin wie auch Alois Guger vom Wirtschaftsforschungsinstitut können mit diesen Unsummen nichts anfangen. Marin geht zwar auch davon aus, dass über einige Jahre höhere Kosten entstehen, doch sei dieser Aufwand bei weitem nicht so hoch wie kolportiert. Den Forderungen der Gewerkschaft würde er nicht nachkommen.

Marin tritt dafür ein, dass per Stichtag alle Arbeitnehmer in ein einziges System, nämlich das ASVG, kommen. Für die Beamten würde, wie für alle anderen auch, eine Höchstbeitragsgrundlage gelten. Das erhöhe die Aktiveinkommen. Die hohen Pensionsbeiträge (vor 1995 Eingetretene 12,55 %, danach 11,05 %) könnten reduziert werden. Guger hat folgendes errechnet: Die Höchstbeitragsgrundlage entzieht dem System zwar Beiträge, doch fallen gleichzeitig Steuer-Mehreinnahmen an (Steuern werden nach Abzug der Sozialversicherungsbeiträge bemessen, Anm.). Kostenpunkt: 200 Millionen Euro.

Für Marin bedeutet eine



Bernd Marin verlangt eine Stichtagsregelung für alle

Harmonisierung, die nur für unter 35-Jährige gilt, dass „die Disharmonisierung“ fortgesetzt wird. Die Pensionsreform 2003 gelte zwar auch für Beamte, doch bleiben die Beamten durch spezielle Regeln, den Verlust zu begrenzen, bis zum Jahr 2025 weit gehend verschont. Arbeiter und Angestellte würden schon ab 2006 zehn Prozent ihrer Pension im Vergleich zur Zeit vor der Reform verlieren.

**LÄNDER** Die Pensionsreformen in einigen Bundesländern sind laut Marin nicht so wirksam, wie behauptet: In Vorarlberg gebe es erst ab 2023 Einsparungen, in der Steiermark ab 2056. In manchen Ländern

seien die Ausgaben für die Beamtenpensionen drei mal so hoch wie die Beitragseinnahmen.

– PATRICIA HALLER